

# Bürgerliche nehmen Wohnsubventionen ins Visier

Landbote 2014-04-02

In Bern wohnen Millionäre statt arme Mieter in Wohnungen, die von der Stadt verbilligt werden. Nun wollen CVP, FDP und SVP wissen, wie es Winterthur hält.

DAVID HERTER

---

Man habe den Menschen zu sehr vertraut, musste der Stadtberner Finanzdirektor Alexandre Schmid (FDP) zugeben, als Ende Februar die sogenannte Mietaffäre publik wurde. Ein stadinterner Bericht hatte ergeben, dass rund die Hälfte der Mieterinnen und Mieter von subventionierten Wohnungen gar keinen Anspruch auf eine Verbilligung haben. 237 Mietparteien erhielten von der Stadt Bern die Kündigung.

Was in Bern ist, kann auch in Winterthur sein, sagten sich die drei Gemeinderäte Franco Albanese (CVP), Walter Langhard (SVP) und Stefan Feer (FDP) und wollen darum vom Stadtrat wissen, wie viele gemeinnützige Wohnungen die Stadt besitzt und wie viele tatsächlich ihrem Zweck dienen. Insbesondere interessiert die Praxis, nach der die Wohnungsvergabe überprüft wird, wenn sich in der Mietpartei die wirtschaftlichen oder familiären Verhältnisse verändern.

## **Mieterfinanzierung gefordert**

Die drei Gemeinderäte nehmen die Gelegenheit wahr, gleich auch das Thema Konkurrenz zwischen «staatlich subventioniertem» und privatem Wohnungsbau aufzugreifen. «Wie kann sichergestellt werden, dass private Anbieter von günstigem Wohnraum nicht vom genossenschaftlichen Wohnungsbau konkurrenziert werden?», wollen Albanese, Langhard und Feer wissen, ohne für diesen Verdacht Beispiele anzuführen. Zum Schluss empfehlen sie dem Stadtrat den Wechsel weg von der Subvention von Wohnungen zur Subvention von Mietern. «Dieses System ist bedeutend transparenter», beantworten die drei ihre Frage nach den Vorteilen einer Mieterfinanzierung gleich selbst. Sie erwarten vom neuen Subventionssystem auch eine verbesserte soziale Durchmischung.